



„Es gibt Wichtigeres als diese Bushaltestelle!“

Erfolgreiche Bürgerbeteiligung zur Nahversorgung in Kiel-Suchsdorf

Christian Höcke

Noch ein Praxisbericht zu einem Beteiligungsverfahren? Ja, unbedingt, denn die Unterschiede von Zielen, Qualitäten und somit auch Substanz von dialogorientierter Bürgerbeteiligung sind groß. Darum lohnt es sich, genauer hinzuschauen und aus gesammelten Erfahrungen zu lernen. Der vorliegende Text stellt ein Verfahren lokaler dialogorientierter Bürgerbeteiligung im Kieler Stadtteil Suchsdorf vor, welches in enger Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem vhw umgesetzt wurde. Inhaltlich ging es um die Aufrechterhaltung lokaler Nahversorgung und sozialer Teilhabe im Stadtteil Suchsdorf. Das Verfahren hatte dabei den Anspruch, einen konstruktiven Beitrag für die kommunale Fachplanung zu leisten und im selben Zuge das Vertrauen in Politik und Verwaltung und die Bereitschaft der Bürger zur Mitwirkung am demokratischen Gemeinwesen zu stärken.

Auf dem Weg zum Beteiligungsverfahren

Der Anlass des Verfahrens klingt auf den ersten Blick wenig spektakulär: Am Rungholtplatz, dem ehemaligen Stadtteilzentrum im alten Kern von Kiel-Suchsdorf, in dem etwa 4.600 Einwohner leben, sollte eine Bushaltestelle verlegt werden. Die Vorplanungen sahen bereits konkrete bauliche Optionen vor. Durch den Ortsbeirat wurde jedoch im Frühjahr 2014 von erheblicher Kritik der Bürger am Vorhaben berichtet. Anstatt eine funktionierende Bushaltestelle zu verlegen, so der Tenor, solle man sich doch mit den wirklichen Problemen im Stadtteil auseinandersetzen. Von Seiten der Politik und Verwaltung wurde daraufhin im

Rat beschlossen, das Vorhaben in einen offenen Beteiligungsprozess zu überführen und sich dabei grundsätzlich mit den Anliegen der Bevölkerung zu befassen, bevor die Planung fortgesetzt wird. Der vhw arbeitete im Verfahren mit der Landeshauptstadt Kiel zusammen und brachte seine Dialogprinzipien (vgl. Kuder 2016) ein, um eine qualitativ hochwertige Bürgerbeteiligung zu gewährleisten.

Eine Bestandsaufnahme

Um die Gemengelage zu durchdringen, wurde zunächst eine Analyse der sozialräumlichen Gegebenheiten durchgeführt und, um die Anliegen der Bevölkerung bereits früh zu ermitteln, ein Stimmungsbild erstellt. Daraus ergab sich ein differenzierter Blick auf den Stadtteil.



Abbildung 1: Der Rungholtplatz in Kiel-Suchsdorf

Im alten Kern Suchsdorfs rund um den Rungholtplatz sind viele der dort schon lange lebenden Einwohner alt geworden. Der Anteil der über 65-Jährigen, die hier im Zeilenbau und Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Reihenhäusern wohnen, liegt bei über einem Drittel, mit steigender Tendenz. Am Rand Suchsdorfs entstand in den letzten Jahren ein Neubaugebiet mit Ein- und Zweifamilienhäusern (Suchsdorf an der Au), wodurch sich die Bevölkerungsstruktur im gesamten Stadtteil verändert

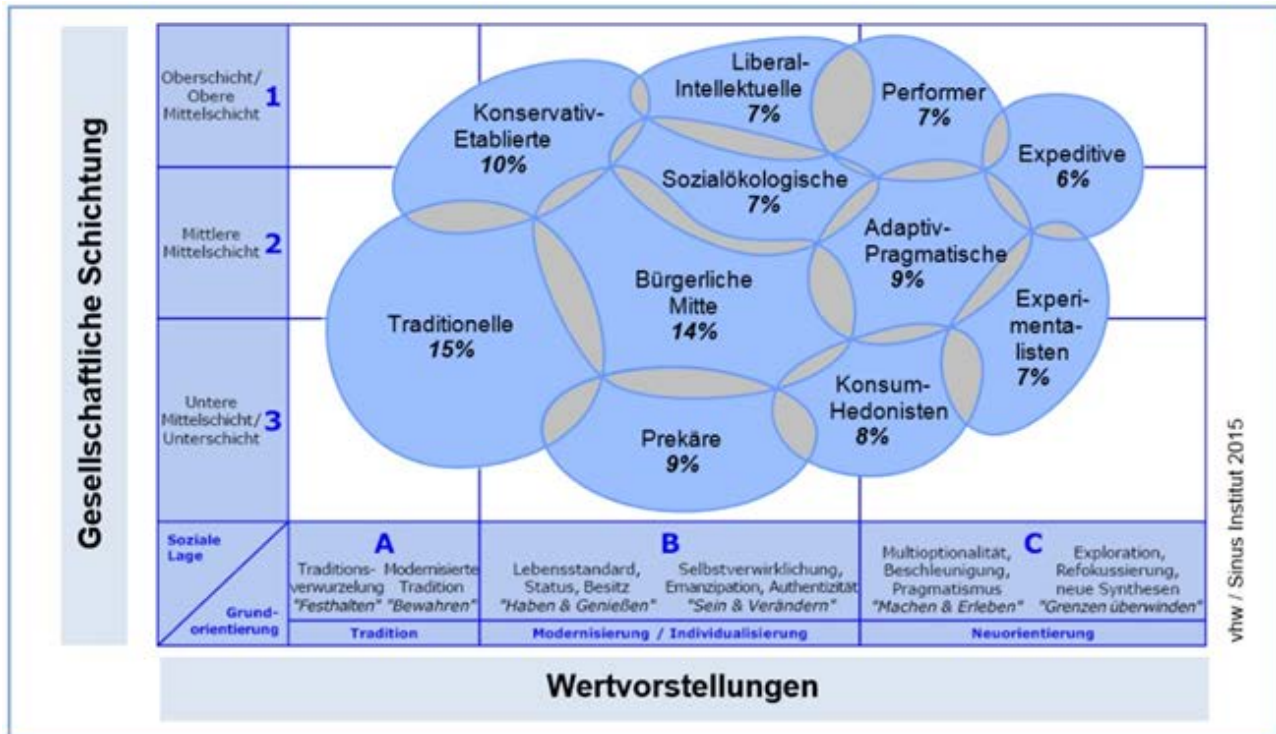


Abbildung 2: Die Sinus-Milieus in Deutschland insgesamt (2015)

hat. Allerdings bestehen zwischen Neubaugebiet und altem Ortskern, wie sich im Zuge der Analysen herausgestellt hat, nur wenige funktionelle Verbindungen oder Verflechtungen. Die Bewohner des Kernbereiches waren von den Planungen und den Problemlagen daher hauptsächlich betroffen.

Die Milieustruktur der Bevölkerung (Abbildung 2) im Untersuchungsbereich um den Rungholtplatz wird von traditionell-bürgerlichen Milieus und von Prekären geprägt. Teilweise stehen diese Milieus partizipatorischen bzw. dialogorientierten Elementen der Demokratie, also auch Beteiligungsverfahren, distanziert gegenüber (vgl. vhw 2015). Dies trifft insbesondere auf die Prekären, aber in Teilen auch auf die bürgerlich-traditionellen Milieus zu und gilt vor allem dann, wenn sie in heterogenen Nachbarschaften leben.

Sind Bürgerliche, Traditionelle aber auch Prekäre gut in Quartier und Nachbarschaft integriert, sind sie eher bereit an Dialogveranstaltungen teilzunehmen. Leben sie dagegen weitgehend isoliert und bestehen bereits Konflikte mit anderen, durchsetzungsstarken Milieus, werden sie Dialogveranstaltungen eher meiden, da sie sich kaum Erfolg für „ihre“ Anliegen versprechen.

Darüber hinaus können ausschlaggebende Faktoren für die Beteiligungsbereitschaft auch die Themennähe oder der Zustand des Vertrauens in Politik und Verwaltung sein.

Grundsätzlich als beteiligungsaffin gelten Vertreter des liberal-intellektuellen und des sozialökologischen Milieus, welche in Suchsdorf vor allem im Neubaugebiet, zu Teilen aber auch im alten Ortskern wohnen. Diese Milieus sind in

der Regel besonders stark bei Beteiligungsveranstaltungen vertreten um Ihre Positionen geltend zu machen. Die Rede ist oft von einem „Mittelschichtsbias“, der sich auch in der Teilnahme an Wahlen wider spiegelt (vgl. Merkel 2013). Eine Schieflage der Interessen und somit auch der Legitimität der Ergebnisse ist oft die Folge.

Genau daran setzt die Arbeit des vhw an. Das erklärte Ziel ist, die Teilhabe an der demokratischen Mitgestaltung und die Wahrnehmung politischer Rechte für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zu ermöglichen und zu verbreitern. Um in diesem Sinne inklusiv zu sein, liegt besonders auf denjenigen Bevölkerungsgruppen bzw. Milieus der Fokus, die dies zumeist nur in geringem Umfang oder gar nicht tun. Vom vhw unterstützte und umgesetzte Beteiligungsverfahren haben daher den Anspruch, alle Anliegen zu berücksichtigen, um das Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken sowie die Legitimität der Ergebnisse zu gewährleisten.

Von der Bushaltestelle zur integrierten Nahversorgung

Um dies zu erreichen, setzt der vhw in seiner Arbeit auf das Potenzial deliberativer Dialoge, also fairer und gleichberechtigter Beteiligungsformate, die demokratischen, gesellschaftlichen sowie sozialen Nutzen stiften und zu einer besseren Verwaltungspraxis führen. Mit diesen Dialogen sind zehn, aus der Erfahrung zahlreicher vhw-Dialogprojekte abgeleiteten, grundlegenden Anforderungen verbunden, auf die im Folgenden mehrfach verwiesen wird (vgl. Kuder 2016).

Eine dieser Anforderungen ist die Herstellung von Wissen über die Anliegen, Bedürfnisse

und Einstellungen breiter Teile der Bevölkerung. In der Regel erfolgt dies zu Beginn des Prozesses, wie auch in Suchsdorf geschehen, durch ein Stimmungsbild. In etwa halbstündigen qualitativen Telefoninterviews wurden dort 38 Bürger im Zuge einer qualifizierten Zufallsauswahl im Kerngebiet um den Rungholtplatz befragt. Im Vorfeld der Befragung wur-



Abbildung 3: Leerstehende Ladenzeile am Rungholtplatz

den alle 2700 Haushalte durch ein Anschreiben des zuständigen Stadtrates auf das anstehende Beteiligungsverfahren und die Telefoninterviews hingewiesen.

Die Ergebnisse dieses Stimmungsbildes wurden strukturiert ausgewertet. Hinzu kamen auf Grundlage der identifizierten Themen acht Interviews mit Experten bzw. Akteuren. Diese kamen aus den Bereichen Einzelhandel und Dienstleistungen sowie öffentlichen (sozialen) Einrichtungen im Stadtteil.

In der Befragung der Bewohner offenbarte sich schnell ein breiter Konsens. So wurde die Verlegung der Bushaltestelle von allen Gesprächspartnern abgelehnt und gefordert, sich vielmehr mit der Nahversorgungssituation und deren Folgen im Stadtteil und am Rungholtplatz zu befassen:

Durch die Entstehung eines Gewerbegebietes auf der grünen Wiese am Rand Suchsdorfs, auf dem sich Lebensmittelmärkte angesiedelt haben, ist ein Großteil der Kaufkraft aus dem alten Zentrum abgewandert. Da der Lebensmittelmarkt am Rungholtplatz daraufhin 2012 das Geschäft aufgeben musste, gibt es seither einen Mangel an fußläufig erreichbaren Infrastrukturen zur Versorgung, was insbesondere für die alteingesessenen älteren Bewohner problematisch ist. Nur drei kleinere Einzelhändler haben wirtschaftlich vor Ort überlebt, doch auch diese sind in Folge ausbleibender Kundschaft durch den fehlenden Lebensmittelmarkt von Schließung bedroht. Das ehemalige Stadtteilzentrum hat dadurch einen Großteil seiner Bedeutung verloren - ein Problem, das vielerorts schon länger zu beobachten ist und gravierende Folgen für die Bevölkerung und die Stadtentwicklung hat (vgl. Deutscher Städtetag 2005).

So ist inzwischen auch in Suchsdorf und insbesondere vor dem Hintergrund steigender Alterung der Bewohner zu spüren, dass Nahversorgung weit mehr bedeutet, als nur Lebensmittel einzukaufen (vgl. BBSR 2011). Eine besondere Rolle spielt die niedrigschwellige unkomplizierte Kommunikation der Bevölkerung untereinander, so berichteten es auch viele in der Befragung in Kiel. Hierfür stand lange Jahre der Rungholtplatz. Seit Schließung des Lebensmittelmarktes fehlt jedoch ein wichtiger Ankerpunkt, um die tägliche Begegnung zu ermöglichen, was sich auf das Zusammenleben, die soziale Teilhabe, Nachbarschaftshilfen und individuelle Versorgungsmöglichkeiten negativ auswirkt. Ältere Menschen sind auch hierbei in besonderem Maße betroffen,

denn ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden wird so erschwert (vgl. Höcke/Wichmann 2016).

Dieses Beispiel zeigt die Notwendigkeit einer integrierten Betrachtung, auch von solchen Handlungsfeldern wie Zentren- und Einzelhandelsentwicklung. In Suchsdorf haben daher von Seiten der Verwaltung das Dezernat für Soziales, Gesundheit, Wohnen und Sport (Felderführung), das Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt sowie das Pressereferat, Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung den Prozess gemeinsam gestaltet.

Die Vorbereitung und Umsetzung der Dialogveranstaltungen

Die inhaltliche Vorbereitung der Dialogveranstaltungen übernahm eine Steuerungsgruppe, welche einen weiteren wichtigen Bestandteil für erfolgreiche deliberative Verfahren aus vhw-Sicht darstellt. Die Gruppe war aus wichtigen Akteuren u.a. aus dem Stadtteil zusammengesetzt, um schon frühzeitig alle Interessen zusammenzuführen, ohne jedoch die Beteiligung inhaltlich bereits zu verhandeln, und um Transparenz zu gewährleisten. Zur Gruppe gehörten insgesamt 12 Personen, die Stadtverwaltung, Vertreter des Ortsbeirates, Anwohner, die Eigentümer der Immobilie Rungholtplatz sowie Sozialträger im Stadtteil und verbliebene Händler.

Neben der Gewährleistung der bürgerorientierten Prozessgestaltung hatte die Gruppe die Aufgabe den Prozess zu steuern und kritisch zu begleiten. Dazu gehören auch die Vorbereitung der Einladungen, die Festlegung von Format und Ablauf der Veranstaltung sowie die Bestimmung der Moderation. Eine solche

Steuerungsgruppe ist somit Hüterin über die Qualität der Verfahren.

Die im Stimmungsbild strukturiert ermittelten Anliegen und Bedürfnisse der Bevölkerung bildeten das thematische Grundgerüst des Dialoges. Hierauf aufbauend wurde die Agenda bzw. der Ablauf der Veranstaltung vorbereitet, um die Wahrnehmung der Bürgerschaft, gleichberechtigt in den Prozess eingebunden zu sein zu verstärken und somit zum Vertrauensaufbau beizutragen (vgl. Kuder 2016). Zu diesem Zweck wurde auch in einem Einladungsschreiben für die erste Veranstaltung, welches ebenfalls an alle Haushalte versendet wurde, auf die Ergebnisse Bezug genommen und die Themen der Bürger für alle sichtbar als Inhalte gesetzt. Außerdem entwickelte die Gruppe auf Basis des Stimmungsbildes Leitsätze, die für alle Beteiligten, Bevölkerung und Verwaltung als Orientierungsrahmen für die inhaltlichen Ziele dienten. Auf der Dialogveranstaltung wurden die Leitsätze anschließend vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Diese waren:

- Suchsdorf braucht eine funktionierende Grundversorgung, die den Bedürfnissen und Lebenslagen aller Bürgerinnen und Bürger gerecht wird.
- In Suchsdorf soll ein aktiver Ortskern um den Rungholtplatz wiederbelebt werden, der die Versorgungslage verbessert und zugleich zum Aufenthalt einlädt.
- Der nachbarschaftliche Zusammenhalt zwischen neuen und alten Bürgerinnen und Bürgern in Suchsdorf muss gestärkt werden. Dazu sollen auch bessere Möglichkeiten zum persönlichen Austausch (Läden, Restaurants, Cafés oder andere Treffpunkte) entstehen.

- Suchsdorf muss sich den wandelnden Bedürfnissen der zunehmenden Zahl älterer, aber auch denen der Jüngeren und neu Zugezogenen anpassen.
- Die Suchsdorferinnen und Suchsdorfer streben eine offenere und vertrauensvollere Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat und dem Rathaus an, die bei der Bewältigung künftiger Anliegen helfen soll.

Das Format der Dialogveranstaltung wurde angelehnt an die Methode des Worldcafé: Nach einer Einführung und Diskussion im Plenum diskutierten die Teilnehmer an Thementischen weiter. Einmal wurde zwischen den Tischen gewechselt.

Die erste Dialogveranstaltung



Abbildung 4: Erste Stadtteilversammlung. Foto: Bodo Quante

Auf der ersten Stadtteilversammlung am 22. November 2014 waren ca. 170 Teilnehmer anwesend. Nach der Begrüßung wurden zu Beginn der Veranstaltung durch den zuständigen Stadtrat für Soziales, Wohnen Gesundheit und Sport, der inhaltliche und formale Rahmen des Dialoges bzw. seine Substanz, sowie die zur Verfügung stehenden Gestaltungsspielräume

erläutert. Dies sind weitere wichtige Erfolgsfaktoren deliberativer Dialoge: Es muss allen Beteiligten klar sein, welche Potenziale und Restriktionen es gibt, welche Themen und Ziele verhandelt werden können, was in welcher Form entschieden werden kann, wie mit den Ergebnissen umgegangen wird und welche Rolle die verschiedenen Akteure spielen. Kernbegriffe sind demnach Transparenz, Offenheit, eine Selbstverpflichtung der Verwaltung sowie die Suche nach konstruktiven Lösungen. Andernfalls ist die Gefahr vor Enttäuschung groß und ein qualitativ hochwertiges Ergebnis fraglich (vgl. Kuder 2016).

Die Landeshauptstadt Kiel sicherte zu, sich eingehend mit den Anliegen auseinanderzusetzen, sie in der Verwaltung zu bewerten und mit Antworten und Vorschlägen in einer zweiten Veranstaltung zurückzukommen. Das Beteiligungsverfahren ging somit weit über reine Information hinaus.

Der vhw stellte auf der Veranstaltung zu Beginn auch das Stimmungsbild vor. Da die Bürger sich darin inhaltlich wiederfanden, stieß dies auf große Zustimmung und konnte bereits früh Glaubwürdigkeit, Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft befördern. Es bewirkte, wie die anschließende Diskussion zeigte, dass sich die Bürger angesprochen und ernst genommen fühlten und sorgte somit für einen Zuwachs an Vertrauen.

Die Entscheidung zur Durchführung der geplanten städtebaulichen Aufwertung konnte in der Beteiligung neu verhandelt werden. An den Arbeitstischen gab es Schwerpunktthemen, die in der Steuerungsgruppe vorab aus dem Stimmungsbild abgeleitet wurden. Ein

Thementisch war inhaltlich frei, damit sichergestellt war, dass die Bürger auch wirklich alles vorbringen können, was sie bewegt.

Damit gemäß der deliberativen Prinzipien ein fairer, gleichberechtigter sowie auf ein belastbares Ergebnis ausgerichteter und somit insgesamt offener Prozess gewährleistet wird, spielte auch die Moderation eine wichtige Rolle (vgl. Kuder 2016). Die Moderatoren an den Thementischen, jeweils ein Vertreter der Stadtverwaltung und ein Mitglied des Ortsbeirates, wurden vorab vom vhw geschult, um die Einhaltung dieser Prinzipien während der Diskussionen sicherzustellen.

Ergebnis und Umsetzung

Die Bürger haben in der Veranstaltung deutlich gemacht, dass sie eine Verlegung der Bushaltestelle ablehnen und sich eine Revitalisierung des Rungholtplatzes durch Neuansiedlung eines Lebensmittelmarktes wünschen. Auch weitere Themen wie das Zusammenleben, die Verkehrssituation und der Zustand von Wegen wurden von vielen thematisiert. Die Verwaltung hat in ihrer internen Bewertung im Folgenden vier Themenbereiche priorisiert:

- Der Rungholtplatz sollte als kommunikatives Zentrum durch einen neuen Lebensmittelmarkt und einen Treffpunkt mit Beratungsfunktion für Ältere wiederbelebt werden. Die Verwaltung sicherte zu, sich bis zur nächsten Versammlung im April 2015 ausführlich und dezernatsübergreifend mit einem Nahversorgungskonzept zu befassen.
- Von der Verlegung der Bushaltestelle wurde abgesehen und stattdessen eine

Renovierung nach den Wünschen der Bevölkerung vorgeschlagen.

- Die Wege und Wegebeziehungen sowie das Erscheinungsbild im Stadtteil sollten verbessert und Angsträume beseitigt werden.

All das wurde in einer Geschäftlichen Mitteilung niedergeschrieben und in den Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit, den Bauausschuss sowie die Ratsversammlung eingebracht (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015).

Um einer aktiven Informations- und Öffentlichkeitspolitik gerecht zu werden – eine weitere Anforderung für deliberative Verfahren – und somit demokratische Wirkung zu entfalten, wurden die gesammelten Bürgervorschläge in der an alle Haushalte gehenden Stadtteilzeitung „Der Suchsdorfer“ veröffentlicht und in der Tageszeitung Kieler Nachrichten über die Veranstaltung berichtet.

In der Zeit bis zum zweiten Termin standen Beratungen an, um ein Konzept für den Rungholtplatz zu finden. Hierzu wurden in einer Planungsgruppe, weiterhin unter Federführung des Dezernates für Soziales, Wohnen, Gesundheit und Sport, verschiedenste Akteure eingebunden: Die verbliebenen Händler am Rungholtplatz, der Ortsbeirat, das Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt, die Eigentümer der Immobilie am Rungholtplatz sowie die Handelsgesellschaft Bartels-Langness. Der vhw war weiter begleitend dabei.

Als Idee für den Rungholtplatz wurde beschlossen, die Umsetzung eines integrierten Nahversorgungskonzeptes nach Vorbildern in ländlichen Räumen zu prüfen, das ein begrenztes Angebot an Lebensmitteln bereit hält und mit weiteren Dienstleistungen und einem

Treffpunkt kombiniert ist. Konkret stand das Konzept „Markttreff“ aus Schleswig-Holstein Pate (vgl. www.markttreff-sh.de).

Die zweite Dialogveranstaltung



Abbildung 5: Zweite Stadtteilversammlung. Foto: Bodo Quante

Auf dem zweiten Dialogtermin am 25. April 2015 präsentierten die Vertreter der Stadt den Bürgern den Zwischenstand und stellten diesen anschließend zur Diskussion. Zur Veranstaltung wurde erneut über Anschreiben eingeladen, die an alle Haushalte im Plangebiet ergingen. Darin wurde kurz über die Ergebnisse der Beratungen informiert. Bei der Veranstaltung waren diesmal auch ein Experte der Industrie- und Handelskammer zu Kiel und der Bürgermeister der Umlandgemeinde Brodersby, in der sich ein funktionierender Markttreff befindet, dabei. Auch diesmal war mit ca. 120 Teilnehmern eine große Zahl Bürger anwesend.

Wie schon die erste Stadtteilversammlung hat der vhw auch die zweite Veranstaltung zum Ende mit einem Fragebogen evaluiert. Dabei wurde auch das Einkaufsverhalten der Teilnehmenden abgefragt. Denn hier liegt ein entscheidender Punkt, der auch im Plenum von

Seiten der Stadt und den anwesenden Experten verdeutlicht wurde: Ohne die Mitwirkung der Bevölkerung und die Bereitschaft, den Markt regelmäßig zu nutzen, würde ein erfolgreicher wirtschaftlicher Betrieb erneut ausbleiben.

Insofern ermöglichte der Beteiligungsprozess hier einen wichtigen wechselseitigen Lern- und Verständigungsprozess: Die Stadt befasste sich eingehend mit den Anliegen der Bevölkerung und den Problemlagen im Stadtteil, nahm diese auf und arbeitete an einer kompromissfähigen und innovativen Lösung. Den Bürgern konnten im Gegenzug Grenzen und Sachzwänge der Verwaltung und sich daraus ergebene Handlungsspielräume deutlich gemacht werden. Für die Sicherstellung der Ak-

Elemente. Dies zeigte auch die Evaluation der beiden Dialogveranstaltungen, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Bewertung des Verfahrens: Mehr Vertrauen in die Politik!

Auf den Veranstaltungen wurden anonymisierte Teilnehmerlisten ausgelegt. Hierdurch war es auf Geodatenbasis möglich zu bestimmen, ob das Ziel der Inklusion, also die Einbeziehung möglichst aller im Stadtraum vertretenen Bewohner bzw. Milieus gelungen ist. So waren mit Erfolg nicht nur alle Milieus vertreten, die Anteile entsprachen zudem weitgehend der Verteilung im Untersuchungsgebiet (Abbildung 6). Dies hat vor allem zwei Gründe.

Zum einen war das Thema für weite Teile der dominanten Milieus und vor allem für die älteren Bewohner von hoher Bedeutung. Durch die starke Bindung an das Quartier besteht ein Interesse daran, dass etablierte Strukturen aufrechterhalten werden. Hinzu kommen die Aspekte Versorgung und soziale Teilhabe, die ebenfalls einen hohen Stellenwert einnehmen. Zum anderen war das Thema des Verfahrens mehrheitsfähig, wie das

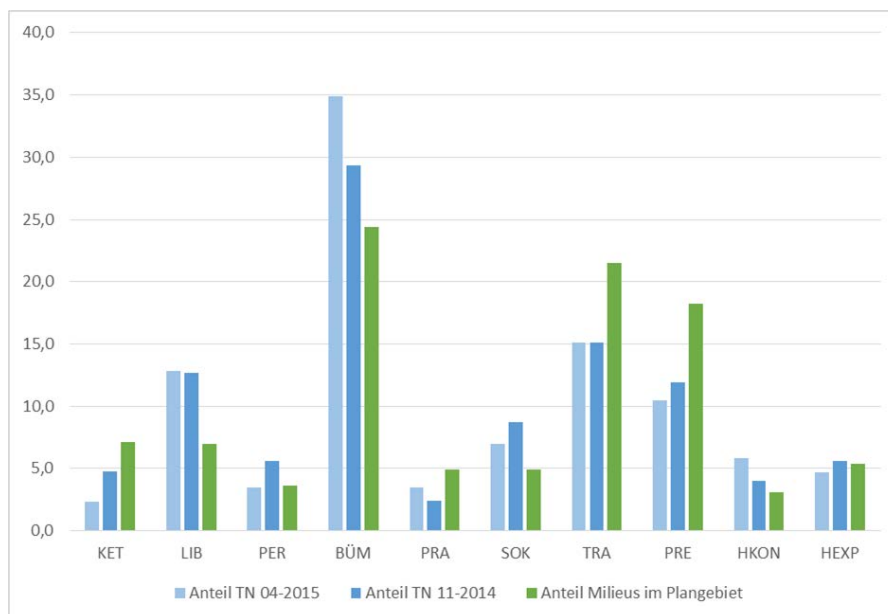


Abbildung 6: Milieuverteilung der Teilnehmer an den Dialogveranstaltungen in Kiel

zeptanzfähigkeit der Resultate und letztendlichen Entscheidungen der Verwaltung sowie für den Vertrauensaufbau waren dies wichtige

Stimmungsbild gezeigt hat: Bereits durch die Kommunikation im Vorfeld (Anschreiben, Stadtteilzeitung, Ortsbeirat) wussten die Bürger also, dass ihre Anliegen verhandelt und

auch von anderen Bewohnern vertreten werden. Die Sorge davor sich nicht willkommen zu fühlen oder dass andere Meinungen den Dialog zu stark dominieren bestand für viele daher offenbar nicht.

Über die schriftliche Befragung wurde die Veranstaltung zudem ausführlicher evaluiert. Daran nahmen 106 Teilnehmer am Ende der ersten und 81 Teilnehmer am Ende der zweiten Veranstaltung teil. Schon die hohe Bereitschaft hierzu zeigt die positive Resonanz der Bürger auf den Prozess.

Herausragendes Ergebnis der Befragung ist ein deutlicher Zuwachs an Vertrauen in die Politik. Nachdem 2014 erst 56 % ein entsprechendes Vertrauen bekundet hatten, stieg der Anteil nun auf 80 % der Befragten. Bei 75 % hat sich zwischen Herbst 2014 und Frühjahr 2015 die Meinung positiv dazu verändert, wie die Stadt mit Bürgeranliegen umgeht.

Einstellungen zur Bürgerbeteiligung

Das Veranstaltungsformat selbst wurde ebenfalls positiv mit der Note 2,1 bewertet. Über drei Viertel der Befragten finden es „sehr wichtig“ und fast alle anderen „eher wichtig“, künftig frühzeitig über Planungsfragen informiert und in die Meinungsbildung einbezogen zu werden. Dabei wird von den Befragten auch die Notwendigkeit gesehen, durchgehend von der Stadt über Planungsstände informiert zu werden. Ein klares Bekenntnis zu mehr Bürgerbeteiligung in der Kommune!

Evaluation des Verfahrens

Das Verfahren in Suchsdorf wurde extern im Rahmen einer Evaluation durch Prof. Dr. Gary Schaal von der Helmut Schmidt Universität in

Hamburg durch Befragungen und teilnehmende Beobachtungen begleitet und als erfolgreich bewertet. Insbesondere drei wichtige Ziele wurden erreicht: Vertrauen konnte aufgebaut, die tatsächlichen Problemlagen behandelt und Inklusion hergestellt werden. Das Vertrauen der teilnehmenden Suchsdorfer Bürger in die Politik hat sich dabei zwischen den Dialogveranstaltungen nachweisbar verbessert. Entscheidend waren insbesondere Transparenz und festgelegte Regeln zum Umgang mit den Ergebnissen: So hat sich die Landeshauptstadt Kiel auf der ersten Veranstaltung zu einem offenen Umgang mit den Bürgeranliegen bekannt und sich selbst dazu verpflichtet, diese aktiv und in angemessener Weise aufzunehmen, verbindlich in den kommunalen Gremien zu beraten und die Ergebnisse auf dem zweiten Termin zurückzukoppeln. Dies wurde umgesetzt. Die Grenzen und Möglichkeiten der Gestaltung, insbesondere was die Unterstützungsmöglichkeiten der Kommune zur Neuansiedlung eines Lebensmittelmarktes betrifft, wurden dabei ebenso klar benannt.

Konkrete Ergebnisse und Wirkungen auf den Stadtteil

Erwartungsgemäß können nicht alle Anliegen, die auf den Versammlungen angesprochen wurden, umgesetzt werden. Dies wurde den Bürgern von der Verwaltungsspitze entsprechend erläutert. Durch eine Schwerpunktsetzung der Handlungsfelder, nämlich die Revitalisierung des Rungholtplatzes (durch Einzelhandel und Platzgestaltung) sowie eine Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, konnten allerdings viele Anliegen gebündelt werden. Die Stadt hat hier zudem keine fertige Lösung präsentiert, sondern

durch Vorschläge eines Versorgungskonzeptes Impulse gesetzt und diese für eine erneute Diskussion geöffnet. Die Bürger konnten so erleben, dass ihr Mitwirken direkten Einfluss hat und dadurch motiviert werden, an der Entwicklung ihres Stadtteils teilzuhaben. Zudem wird der Prozess als Belebung der Nachbarschaft gesehen, in dem gemeinsames Handeln für gemeinsame Ziele Resultate zeigt und somit Zusammenhalt und Verantwortung für den Stadtteil stärkt.

Beteiligung auch innerhalb der Verwaltung

Aus Sicht der Verwaltung war es bedeutend, dass das Verfahren vom Oberbürgermeister unterstützt wurde, um das ämter- und dezer-natsübergreifende Arbeiten überhaupt zu ermöglichen. Um ein solches Denken und Handeln „quer zur Linie“ zu etablieren, muss auch eine neue Kultur und Struktur des Zusammenarbeitens in der Verwaltung entwickelt werden (vgl. Höcke/Wichmann 2016). Ein Beharren auf festen Zuständigkeiten und Aufgabenbereichen kann einen solchen Prozess behindern. Die Kieler Verwaltung zeichnete sich jedoch vielmehr durch Offenheit und Flexibilität aus. Neben den Bürgern sind daher auch die Verwaltungsmitarbeiter als Beteiligte im Verfahren entscheidend. Hier helfen zeitnahe Information sowie die Möglichkeit zum Miterleben und Mitgestalten des Prozesses, um Akzeptanz und Engagement dafür zu erzeugen. Die Mitarbeiter der beteiligten Dezernate müssen im Boot sein, um derartige Verfahren wirkungsvoll begleiten zu können (vgl. ebd.).

Fazit

Für einen nachhaltigen Erfolg eines Beteiligungsprozesses kommt es in hohem Maße auf die weitere Umsetzung der Ergebnisse an, die nach dem Ende des Verfahrens erfolgen müssen, um erneute Frustration zu vermeiden. Dies steht in Suchsdorf noch aus. Die Verzögerungen liegen dabei jedoch nicht in der Hand des Verfahrens. So ist die Anschubfinanzierung der priorisierten Planungen, nämlich Umbau und Neugestaltung des Stadtteilzentrums noch nicht geklärt. Dies sind Faktoren, die im Vorfeld nicht vorhergesehen werden konnten und worauf auch die Stadt nur begrenzt Einfluss hat. Dennoch wäre es falsch, sich von derartigen Unsicherheiten ergebnisoffener Verfahren abhalten zu lassen. Wichtig ist, die Kommunikation zwischen Stadt und Bürger hierzu aufrecht zu halten, zu informieren und bei Bedarf gemeinsam nach Alternativen zu suchen. Es bedarf eben bei einem solch komplexen Prozess manchmal auch eines längeren Atems – das muss allen klar sein.

Denn auch trotz der Verzögerungen kommt die Evaluation zusammenfassend zum Schluss, dass Beteiligungsprozesse wie in Suchsdorf durchgeführt, so sie bestimmten qualitativen Anforderungen Rechnung tragen, „nicht nur ein effektives Mittel gegen wachsendes politisches Misstrauen und Entfremdung darstellen, sondern diese Trends auch umzukehren vermögen“ (Schaal 2016). Es lohnt sich also!

Quellenverweise:

BBSR (2011): Ohne Auto einkaufen. Nahversorgung und Nahmobilität in der Praxis. Werkstatt Praxis Heft 76. Berlin.

DEUTSCHER STÄDTETAG (2005): Nahversorgung in den Städten. Aktuelle Herausforderungen und Handlungsempfehlungen. Köln und Berlin.

HÖCKE, C., WICHMANN, B. (2016): Bürgerbeteiligung quer zur Linie – Gemeinsam für Kiel Suchsdorf. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung. Heft 6/2015. S. 45 – 49.

KUDER, T. (2016): Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung. In: vhw WerkSTADT, Nummer 08.

LANDESHAUPSTADT KIEL (2015): Geschäftliche Mitteilung, Bürgerbeteiligungsverfahren Suchsdorf. Drucksache 0128/2015.

MERKEL, W. (2015): Gibt es eine Krise der Demokratie? Mythen, Fakten und Herausforderungen. In: WZB Mitteilungen, Heft 139, S. 6 – 9.

SCHAAL, G. (2016): Evaluation Landeshauptstadt Kiel, Beteiligungsverfahren Suchsdorf I und II. Unveröffentlicht. Hamburg.

vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (Hg.) (2015): vhw/sinus-Trendstudie 2015. Unveröffentlichte Studie, Berlin.

Impressum

vhw werkSTADT
ISSN 2367-0819

Erscheinungsort: Berlin

Herausgeber

vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring
Fritzschestraße 27/28
10585 Berlin
Telefon: +49 30 390473-230
Telefax: +49 30 390473-190
werkstadt@vhw
www.vhw.de

Titelbildquellen

©vhw; ©Björn Wylezich.fotolia.com

Autor

Christian Höcke,
Wissenschaftlicher Referent vhw e. V.

Grundlayout

DCM Druck Center Meckenheim GmbH
www.druckcenter.de

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Bezug

Alle Ausgaben der **vhw werkSTADT** sind unter:
<http://www.vhw.de/publikationen/>
kostenfrei herunter zu laden.